

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/6270

GEW-STELLUNGNAHME ZUM THEMA ENTWICKLUNG DER QUOTE DER
SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER OHNE ERSTEN ALLGEMEINBILDENDEN
SCHULABSCHLUSS (ESA) IN SCHLESWIG-HOLSTEIN – BERICHT DER
LANDESREGIERUNG, DRUCKSACHE 20/3752

Die GEW Schleswig-Holstein nimmt den Bericht der Landesregierung zur Entwicklung der Quote der Schüler*innen ohne Ersten Allgemeinbildenden Schulabschluss (ESA) mit Besorgnis zur Kenntnis. Trotz der dargestellten Maßnahmen und Programme bleibt die hohe Quote von 9,7 % im Jahr 2024 alarmierend und zeigt, dass die bisherigen Ansätze nicht ausreichend greifen. Es bedarf einer deutlich stärkeren und konsequenteren bildungspolitischen Ausrichtung, um die strukturellen Probleme im Bildungssystem zu lösen. Der Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Familienstatus und Bildung bleibt unzureichend berücksichtigt. Zwar ist richtig, dass die Startchancenschulen ihren Fokus hierauf richten. Allerdings ist Armut nicht nur an Startchancenschulen ein Problem, sondern betrifft auch viele Schüler*innen an anderen Schulen. Auch hier ist Unterstützung nötig, um Armutsfolgen abzumildern. Wir möchten hier aber auch deutlich machen, dass der Umgang mit Armut und Armutsfolgen keineswegs nur den Bereich der Bildung und Schule betrifft. Die zunehmende soziale Ungleichheit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und muss auch gesamtgesellschaftlich angegangen werden. Wir betonen die Bedeutung gezielter Quartiersentwicklung, Schule kann hier nur ein Puzzleteil eines Gesamtkonzepts sein.

1. Frühkindliche Förderung und Primarstufe

Die GEW erkennt die Bedeutung der frühkindlichen Förderung und der basalen Kompetenzentwicklung an, kritisiert jedoch die unzureichende Umsetzung und die fehlende flächendeckende Verbindlichkeit. Programme wie EVi und Leseband.SH können hilfreich sein, doch ohne eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung bleiben sie wirkungslos. Zu EVi verweisen wir auf unsere darauf spezifizierte Stellungnahme.

Die GEW fordert eine nachhaltige Finanzierung dieser Maßnahmen und geeignete Umsetzungspläne, um allen Kindern unabhängig von ihrer sozioökonomischen Herkunft gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Es erscheint nicht nachvollziehbar, in einem grundsätzlich unterfinanzierten und von Personalmangel gekennzeichneten Bildungssystem, große Effekte von punktuellen Maßnahmen zu erwarten.

2. Sekundarstufe I und flexible Lernwege

Die GEW sieht die Einführung von FLEX-Klassen und Produktivem Lernen als Schritt in die richtige Richtung, bemängelt jedoch die begrenzte Verfügbarkeit dieser Angebote. Es ist nicht hinnehmbar, dass nicht alle Schüler*innen von diesen Programmen profitieren können. Darüber hinaus brauchen gerade die Gemeinschaftsschulen sowohl bessere personelle als auch räumliche Ressourcen, um der Heterogenität der Schüler*innenschaft zu begegnen. Eine Ausweitung von schulischen Assistenzen und die Etablierung multiprofessioneller Teams, die ebenso Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen in größerem Maße einbeziehen, ist dringend erforderlich.

3. Berufsbildende Schulen und Nachqualifikation

Die Nachqualifikation durch die Ausbildungsvorbereitung (AV-Flex) wird von der GEW als notwendige Maßnahme anerkannt. Allerdings ist es nicht hinnehmbar, dass jährlich rund 2.500 Schüler*innen die Schule ohne Abschluss verlassen und erst später im berufsbildenden Bereich nachqualifiziert werden müssen. Die GEW fordert, dass die Ursachen für Schulabbruch und fehlende Abschlüsse bereits in der Primar- und Sekundarstufe I konsequent angegangen werden, um die Notwendigkeit der Nachqualifikation zu minimieren. Erfolgreiche Unterstützungsmaßnahmen, wie zum Beispiel das individuelle Coaching in der AV-Flex, könnten möglicherweise sogar effektiver schon in der Sek I eingesetzt werden.

4. Unterstützung für Zugewanderte und Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen

Die GEW kritisiert, dass die Maßnahmen zur Förderung von Zugewanderten und Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen nicht ausreichen, um die bestehenden Probleme zu lösen. Die hohe Quote von Schulabgängern ohne Abschluss in diesen Gruppen zeigt, dass die Sprachförderung und die Unterstützung für psychosoziale und emotionale Herausforderungen massiv ausgebaut werden müssen. Gerade im DaZ-Bereich wurde aber in den vergangenen Jahren gekürzt, so dass die Lerngruppen in der Basisstufe noch größer geworden sind. Gezielte Förderung ist so kaum noch möglich. Darüber hinaus brauchen Schulen Unterstützung im Bereich der Interkulturalität. Ursache vieler Konflikte zwischen Schulen und zugewanderten Eltern sind unterschiedliche Erwartungshaltungen an das Schulsystem. Eine geeignete Möglichkeit ist die Etablierung von „Stadtteilschulen“, die die Arbeit der Schule mit Quartiersentwicklung und Elternberatung zusammen denkt.

5. Versetzungen von anderen Schularten

Überhaupt keine Erwähnung findet die Gruppe der Schüler*innen, die von einer Schulart kommend im Laufe ihres Schulleben in eine andere Schulart versetzt werden. Führende Bildungsforscher wie John Hattie stellen fest, dass eine leistungsorientierte Trennung von

Schüler*innen nach der 4. Klasse nachhaltig negative Auswirkungen auf den Bildungserfolg hat. Gerade Schüler*innen, die ein Schulversagen erleben, entwickeln häufig Lernblockaden, die auch mit der Schrägversetzung an eine andere Schulform (in der Regel vom Gymnasium auf die Gemeinschaftsschule) oft nicht gelöst werden können. Dies hat gravierende Auswirkungen auf ihr Selbstkonzept und ihren gesamten weiteren Lebensweg. Die GEW setzt sich weiterhin für eine leistungsdifferenziert arbeitende Schule für alle ein.

6. Schulabsentismus und individuelle Förderung

Die GEW sieht Schulabsentismus als ein zentrales Problem, das nicht nur die Schulen betrifft, sondern ein gesamtgesellschaftliches Versagen darstellt. Das SANSCHO-Projekt ist ein Schritt in die richtige Richtung, doch die GEW kritisiert, dass die Maßnahmen zur Prävention und Intervention nicht ausreichend sind. Es braucht eine stärkere Vernetzung zwischen Schulen, Sozialarbeit, Jugendhilfe und anderen relevanten Akteuren, um die Ursachen von Schulabsentismus effektiv zu bekämpfen. Meist steht das Fernbleiben am Ende einer langen Vorlaufzeit, in der Kinder und Jugendliche nicht die Unterstützung bekommen haben, die sie benötigt hätten. Lange Wartezeiten für therapeutische Interventionen sind hier ein großes Problemfeld, dass außerhalb des schulischen Einflussbereiches einen großen Einfluss auf die Problematik hat.

7. Ressourcen und Schulentwicklung

Die GEW kritisiert die unzureichende Ausstattung der Schulen in Schleswig-Holstein. Die großen Unterschiede in den Abschlussquoten zwischen den Kreisen und Schulen zeigen, dass die Ressourcenverteilung nicht gerecht ist. Die GEW fordert eine deutliche Erhöhung der Investitionen in Bildung, insbesondere in benachteiligten Regionen und Schulen mit hohen Abbruchquoten. Die datengestützte Schulentwicklung bleibt ohne ausreichende personelle und finanzielle Mittel und eine daraus resultierende Steuerung ein Lippenbekenntnis.

Abschließend betont die GEW, dass die hohe Quote von Schülerinnen und Schülern ohne Abschluss ein Symptom für tiefgreifende strukturelle Probleme in der Gesellschaft allgemein und im Bildungssystem im Besonderen ist. Die Landesregierung muss endlich die soziale Ungleichheit nicht nur im Bildungssystem ernsthaft angehen und die notwendigen Reformen umsetzen, um allen Kindern und Jugendlichen eine faire Chance auf Bildung und Teilhabe zu ermöglichen. Die bisherigen Maßnahmen sind unzureichend und müssen dringend intensiviert und besser koordiniert werden. Darüber hinaus schlagen wir vor, den Blick auch auf diejenigen Schüler*innen zu richten, die trotz widriger Umstände gute Bildungserfolge erzielen können. Welche Gelingensbedingungen haben diesen Schüler*innen bei ihrem Erfolg geholfen?